



Bernd Rother

# SOZIALDEMOKRATIE GLOBAL

*Willy Brandt und die  
Sozialistische Internationale in Lateinamerika*

*Willy Brandt -  
Studien und Dokumente*

BUNDESKANZLER  
WILLY BRANDT STIFTUNG



**campus**

Bernd Rother

# **Sozialdemokratie global**

## **Willy Brandt und die Sozialistische Internationale in Lateinamerika**

Campus Verlag Frankfurt /  
New York

## **Über das Buch**

Nach seinem Rücktritt als Kanzler 1974 dehnte Willy Brandt seine internationalen Aktivitäten stark aus. Sein Ziel war, die Sozialdemokratie zu einer globalen Kraft zu formen. In Portugal und Spanien engagierte er sich für die jungen Demokratien, als Präsident der Sozialistischen Internationale (SI) kümmerte er sich besonders um Lateinamerika. Bernd Rother's neues Buch, die erste Darstellung der Beziehungen zwischen den Reformkräften Europas und Lateinamerikas während der SI-Präsidentschaft von Willy Brandt (1976-1992), beschreibt, wie die SI dort zu einem wichtigen Faktor wurde, wie beunruhigt die USA von diesem neuen Global Player waren und wie Konflikte in El Salvador oder Nicaragua auf die deutsche Innenpolitik zurückwirkten.

## **Vita**

Bernd Rother, Dr. phil., war 1999-2020 wissenschaftlicher Mitarbeiter der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung.

# Inhalt

Vorwort

Dramatis personae

Einleitung

Die sozialdemokratische Welt Anfang der  
Siebzigerjahre

Neue Herausforderungen

Warum nicht Afrika und Asien?

Was war die Sozialistische Internationale?

Eine neue Form internationaler Politik

Die Themen und der Aufbau des Buches

Archive und Forschungsstand

Der Weg zueinander

Portugal/Spanien 1974-1977 als Initialzündung für  
Europas Sozialdemokratie

Sozialdemokratie global? Motive und Voraussetzungen  
auf europäischer Seite

Das Versagen der USA

Die Bedeutung der Nord-Süd-Beziehungen

Primat der Innenpolitik?

Biografische Prägungen

Neue Kommunikationsmöglichkeiten

Lateinamerikas reformistische Linke und die SI bis  
Mitte der Siebzigerjahre

Erste Kontakte ab den 1950er-Jahren

Die kubanische Revolution

Aktivitäten der SPD und der schwedischen  
Sozialdemokraten

Neue Partner in Lateinamerika

Die National-Populisten

Motive der Lateinamerikaner

Innenpolitische Antriebskräfte

Biografische Faktoren

Mäßigung der Revolutionäre, Radikalisierung der  
Reformer

»Allianz für Frieden und Fortschritt«

Die Caracas-Konferenz 1976

Lateinamerika kommt Europa zuvor

Wer kommt als Partner in Frage?

Ein deutsches oder ein europäisches Projekt?

Nebeneinander von SI und »Allianz«

Mexiko geht einen eigenen Weg

Von der »Allianz« zur Sozialistischen Internationale

Nun doch - Willy Brandts Wahl zum SI-  
Präsidenten

Erfolgreiche Öffnung

Die Wahlen in der Dominikanischen Republik  
1978 - erster Test für die SI

Der erste Schritt ist getan

Die Integration der Neuen: anregend, aber kompliziert und langwierig

Das Lateinamerika-Komitee der Internationale

Ein schwieriger Weg bis zum Start

Die Konferenz von Santo Domingo

Streit über die politische Richtung

Bedeutungsverlust des Komitees

Neue linke Parteien - Eine verpasste Chance zur Erneuerung der SI?

Das Komitee auf der Suche nach seiner Rolle

Sozialistische Alternativen für die Weltwirtschaft

Vergebliches Bemühen

Programmatische Überdehnung?

Grenada - Der größte Irrtum der Sozialistischen Internationale

Panama - Darf die SI Wahlbetrug tolerieren?

Auch eine Grundsatzdebatte: Die Haltung der SI zu Kuba

Ein neues Programm für die SI

Gibt es universelle Werte?

Schwieriges Zusammenwachsen auch im Alltag der SI

Unterschiedliche politische Kulturen

Mitsprache über die Finanzen

1989: Ein Lateinamerikaner wird Generalsekretär  
- Die Europäer sind »not amused«

Teilnahme an Sitzungen und  
Erkundungsmissionen

Beteiligung an den Debatten

Menschenrechte

Neue Grundsatzklärung  
Wirtschaftspolitik  
Abrüstung und Ost-West-Beziehungen  
Südliches Afrika  
Nahe Osten  
Warum waren die Lateinamerikaner so  
zurückhaltend?  
Zählebiger Eurozentrismus

## Lateinamerikanische Herausforderungen

### Nicaragua

Unterstützung des bewaffneten Kampfes  
Der Beitrag der SI  
Uneingeschränkte Solidarität  
Erste Zweifel  
Der Konsens zerbricht  
Das Schreckgespenst des »Antiamerikanismus«  
Freunde in der Not - Solidarität trotz Zweifeln  
Unsicherheit in der SI über den künftigen Kurs  
Eingeschränkte Solidarität  
Das Ende des Solidaritäts-Komitees  
Zwischenbilanz  
Reisediplomatie  
Krise in der SI - Die Absage der Caracas-  
Konferenz im Februar 1982  
Managua eskaliert den Konflikt  
»They do listen to you«  
Streit über den Umgang mit den Gegnern der  
Sandinisten  
Erneute SI-Mission in Zentralamerika

Zwischenbilanz Nummer Zwei

Regierungswechsel in Bonn

Die »Contadora-Initiative« entsteht

Der Kongress 1983: Die SI geht auf Distanz zu den Sandinisten

Letzte Warnung an die Sandinisten

Auch die französischen Sozialisten gehen auf Distanz

Die Auswirkungen der US-Invasion in Grenada

Dritte Zwischenbilanz

Wann finden Wahlen statt? - Teil 1

Christdemokraten, Liberale und Sozialisten einigen sich

Wann finden Wahlen statt? - Teil 2

»The Sandinistas are their own worst enemies« - Teil 1

Endlich Wahlen - Führen sie zur Entspannung?

Verständnis für die Sandinisten oder Bruch mit ihnen?

»The Sandinistas are their own worst enemies« - Teil 2

Die SI und Nicaragua 1984/85 - Eine Zwischenbilanz

Parteiinterne Kritik an Brandts Kurs

Die Sandinisten verschärfen den Konflikt

Die Distanz zu den Sandinisten wächst weiter

Die Sandinisten beginnen einzulenken - unter Druck

Nicaragua provoziert das sozialdemokratische Costa Rica



Einer Springprozeßion ähnlich – Die  
Wiederannäherung der Sandinisten an die SI  
Die Sozialdemokraten als letzte Freunde der  
Sandinisten  
Ein deutscher Sozialdemokrat vermittelt in  
Zentralamerika  
1986–1988: Nicaraguas erratische Politik  
Auf dem Weg zu Wahlen  
Die Sandinisten in der Opposition  
Schlussbetrachtung: War es das wert gewesen?  
Was hatte es gebracht?

## El Salvador

Der »Movimiento Nacional Revolucionario«  
(MNR) und die SI  
Ein demokratisches El Salvador?  
Schnelles Scheitern  
Christ- und Sozialdemokraten gehen getrennte  
Wege  
Konflikt zwischen der SI und der Carter-  
Administration  
El Salvador-Debatten in Bonn  
Die Einschätzung der lateinamerikanischen SI-  
Mitglieder  
Die Vereinigten Staaten gehen auf die SI zu  
Bürgerkrieg in El Salvador und neuer Kurs in  
Washington  
Die SI für »revolutionären Wandel«?  
Erste Gespräche mit der Regierung Reagan  
Streit innerhalb der SI  
Christ- und Sozialdemokraten einigen sich – aber  
nur außerhalb von El Salvador

Wischnewskis Erkundungsmission  
Ein neuer Anlauf, eine weitere SI-Mission  
Die gemeinsame Erklärung von Frankreich und Mexiko  
Welchen Sinn machen Wahlen?  
Das Wahlergebnis – Eine kalte Dusche für den MNR und seine Freunde  
Die SPD muss in die Opposition  
Erneuter Streit in der SI ...  
... und mit den Vereinigten Staaten  
Druck auf den MNR  
Die SPD schert aus ...  
... und die Mehrheit folgt ihr  
Vergebliche Friedensbemühungen  
Der MNR verliert weiter an Bedeutung  
Friedensplan für Zentralamerika und Ende des Exils  
Fehlschlag an den Urnen  
Die Logik der sozialen Demokratie  
Streit um die Falkland-/Malwinen-Inseln

## Schlussbetrachtung

Zeitgenössische Bilanz

Zusammenfassung und Einordnung

Eine neue Form internationaler Politik?

Danksagungen

## Anhang

Abkürzungen

## Quellen und Literatur

Archive

Pressedienste, Zeitungen, Zeitschriften

Publizierte Quellen, Erinnerungen

Darstellungen

Personenregister

# Vorwort

Willy Brandts Leidenschaft galt der internationalen Politik und der sozialdemokratischen Bewegung. Beides floss in der Sozialistischen Internationale zusammen. Die Internationale faszinierte ihn.

Mit 66 Jahren Abstand erinnerte er sich noch an seinen Ausflug als neunjähriger Arbeitersportler zum Gründungskongress der Sozialistischen Arbeiter-Internationale in Hamburg. 1989 beschwor er diese frühe Verbindung mit der Tradition der Arbeiterbewegung in seinen »Erinnerungen«. Während der ersten Exiljahre reiste Willy Brandt quer durch Westeuropa, um Kontakte zu knüpfen. In Stockholm wählte ihn die »Internationale Gruppe demokratischer Sozialisten« zum Sekretär, der 1943 die Friedensziele dieser »Kleinen Internationale« vortrug. Die 1951 errichtete Sozialistische Internationale spielte viele Jahre keine große Rolle in Brandts politischem Leben. Als er 1976 die Präsidentschaft der mittlerweile moribunden SI übernahm, geschah dies mit wenig Begeisterung. Aber sobald er an die Spitze getreten war, engagierte er sich derart, dass Genossen in der Heimat seine häufige Abwesenheit beklagten. Was in Deutschland einige als Manko empfanden, gereichte im Ausland – und insbesondere außerhalb von Europa – ihm und der Internationale zu Ansehen, ja mancherorts zu Ruhm. Brandt führte die Internationale zu einer seit Ende des Ersten Weltkriegs nicht erlebten Bedeutung.

Seine Biografen haben diese Phase des politischen Wirkens eher stiefmütterlich behandelt. Teils lag es an Desinteresse, teils an fehlenden Vorarbeiten, auf die sie hätten aufbauen können. Was lag näher, als nach dem

Abschluss der Arbeiten an der zehnbändigen »Berliner Ausgabe« ausgewählter Schriften von Willy Brandt diese Lücke zu schließen? So machte ich mich vor vielen Jahren an die Arbeit. Die Sprachenvielfalt der Internationale – im Führungskreis parlierte Brandt auf Deutsch, Englisch, Französisch, Schwedisch oder Spanisch – war mit Ausnahme von Olof Palmes Muttersprache keine Barriere. Hinderlich war und ist, dass die Akten der SI-Zentrale nur bis Mitte der Achtzigerjahre der Forschung zur Verfügung stehen. Aber die Dokumente in Brandts Nachlass in Bonn und in Archiven von Rom bis Mexiko-Stadt glichen das aus.

Unter der Hand geriet das, was ich als biografische Studie eines wichtigen Abschnitts in Brandts Leben begonnen hatte, zu einer Arbeit über die Sozialistische Internationale und Lateinamerika. Dafür gibt es drei Gründe. Erstens überließ Willy Brandt das operative Geschäft häufig seinen Mitstreitern und Mitarbeitern. Hans-Jürgen Wischnewski und Klaus Lindenberg seien hier stellvertretend für viele genannt. Nur auf den Präsidenten der SI zu schauen hätte ein unvollständiges Bild ergeben. Zweitens wurden Lateinamerika und die englischsprachige Karibik rasch zur Region, in der die SI mit Abstand am stärksten involviert war. Das hatte mit der Ähnlichkeit der dortigen Parteien mit denen Europas zu tun, war aber auch einer Häufung von Krisen und Konflikten in diesen Ländern in Brandts Amtszeit als SI-Präsident von 1976 bis 1992 geschuldet. Afrika und noch mehr Asien traten dahinter zurück. Drittens zeigte sich bald, dass ein Titel »Die SI in Lateinamerika« unpassend wäre. Es ging nicht um die »Entdeckung« Lateinamerikas durch und für die europäische Sozialdemokratie, nicht allein um das, was Europas Sozialdemokraten in Lateinamerika unternahmen (und unterließen). Vielmehr handelt das Buch von einem – jedenfalls anfänglich – gleichzeitigen und gleichberechtigten Aufeinanderzubewegen beider Seiten.

Das Buch beginnt mit der Vorstellung der »Dramatis Personae«, der wichtigsten Akteure. Frauen waren nicht darunter. Auf die Einleitung folgt ein chronologisch aufgebauter Teil, der zur Interaktion von lateinamerikanischen Reformkräften und europäischen Sozialdemokraten hinführt, die 1976 einsetzte. Von den Schwierigkeiten, die entstanden, als auf dem Papier ähnliche, doch in der politischen Praxis recht verschiedene Kräfte zu gemeinsamem Handeln finden wollten, handelt der anschließende Abschnitt. Schließlich nehme ich ausführlich diejenigen regionalen Konflikte in den Blick, welche Europäer und Lateinamerikaner von Mitte der Siebzigerjahre bis zum Beginn der 1990er am intensivsten beschäftigten: Nicaragua, El Salvador und der Streit um die kleine Inselgruppe, welche die einen Falkland, die anderen Malwinen nennen.

In den Schlusskapiteln (und immer wieder auch zuvor) stelle ich die Frage: Was war das, was ab 1976 im Rahmen der SI in Szene gesetzt wurde?

- das Alterswerk von Politikern, die alles erreicht hatten und nun an Träume ihrer radikalen Jugend anknüpften?
- eine zeitgemäße Ausprägung der traditionellen internationalen Solidarität der Arbeiterbewegung?
- der Versuch, ein sozialdemokratisches Modell für den »Süden« (damals hieß das noch »Dritte Welt«) zu schaffen?
- ein Anlauf, Westeuropa zu einem globalen Faktor in der internationalen Politik zu machen, der partiell den beiden Supermächten Paroli bieten könnte?
- ein Notbehelf angesichts einer kurzsichtigen Strategie der Vereinigten Staaten, die auf lange Sicht den Einfluss des »Westens« im »Süden« minimiere und ungewollt der Sowjetunion Türen öffne?

Dass ich mich über Jahre hinweg mit diesen Fragen beschäftigt habe, hat auch mit der eigenen Biografie zu tun. Lateinamerika und die Karibik war die Region, in der immer wieder Bewegungen entstanden, die Hoffnung auf sozialen Fortschritt auch außerhalb Europas erweckten: Chiles »Unidad Popular« mit Salvador Allende an der Spitze, Michael Manleys Reformversuche auf Jamaika, der Sieg der Sandinisten in Nicaragua, auch das Experiment auf der winzigen Insel Grenada. Meine Dissertation handelte von Portugals Sozialisten in der revolutionären Phase 1974/75, und Willy Brandts dortiges Engagement war ein wichtiger Teilbereich. In der internationalen Arbeit der Jungsozialisten konnte ich in die Welt der SI und ihrer Jugendorganisation IUSY hineinschnuppern, lernte Aktivisten von El Salvador bis zur Westsahara kennen.

Persönliche und wissenschaftliche Motivation mussten zusammenkommen und kamen zusammen, um am Thema zu bleiben und das Werk trotz immer wieder anderer Verpflichtungen fertigzustellen.

## **Dramatis personae**

Anders als Willy Brandt, Felipe González oder Mário Soares sind eine Reihe weiterer Politiker (Frauen gehören nicht dazu), die in den Siebziger- und Achtzigerjahren eine Rolle in der Sozialistischen Internationale spielten, heute kaum noch bekannt. Manche Namen sagten auch damals einem breiten Publikum nichts, weil sie hinter den Kulissen wirkten oder nicht über ihren Kontinent hinaus ausstrahlten. Daher sollen die wichtigsten Akteure hier kurz vorgestellt werden.

Bayardo Arce (geb. 1950): Schon als Teenager schloss sich Arce dem Guerilla-Kampf von Nicaraguas Sandinisten an. Nach dem Sieg des FSLN im Juli 1979 übernahm er in der Parteiführung die Zuständigkeit für ideologische Fragen und internationale Kontakte, somit auch für die SI.

Oscar Arias (geb. 1940): Der Präsident von Costa Rica 1986–1990 und 2006–2010, Mitglied der sozialdemokratischen Partei PLN, gab die enge Anlehnung seines Vorgängers an die USA auf und erreichte mit dem Esquipulas II-Plan eine regionale Lösung für die Konflikte in Zentralamerika. Dafür erhielt er 1987 den Friedensnobelpreis.

Bernt Carlsson (1938–1988): Olof Palme empfahl 1976 Willy Brandt den Internationalen Sekretär der schwedischen Sozialdemokraten als Generalsekretär der SI. Er sollte das Sekretariat effizienter machen und den Neustart der Internationale organisatorisch umsetzen. Schnell zeigte sich, dass zwischen Brandt und Carlsson die



Chemie nicht stimmte. Der Generalsekretär war dem Präsidenten politisch zu eigenständig. Unzufrieden war Brandt auch mit Carlssons administrativen Fähigkeiten. Dieser wiederum kritisierte, die SPD beanspruche zu viel Macht. Vor dem Kongress 1983 stellte Willy Brandt die SI vor die Wahl: er oder ich. Gegen erheblichen Widerstand konnte sich Brandt erst in letzter Minute durchsetzen. Im Juli 1987 wurde Bernt Carlsson UN-Hochkommissar für Namibia. Er kam 1988 beim Terroranschlag von Lockerbie ums Leben.

Hans-Eberhard Dingels (1930–2014): Dingels leitete die Internationale Abteilung der SPD von 1961 bis 1995. Zehn Jahre zuvor hatte er sich schon um die Auslandskontakte der Sozialistischen Jugend Deutschlands/Die Falken gekümmert. Ein Regierungsamt bekleidete der gebürtige Bonner nie, aber im Kreis der Internationalen Sekretäre war er, als Willy Brandt an der Spitze der SI stand, der Doyen. Kritiker warfen ihm vor, er gebärde sich, als wäre er der wirkliche Generalsekretär der Internationale. Nordafrika, der Nahe Osten und Ostasien waren die Gegenden, in denen er sich besonders gut auskannte. Lateinamerika hingegen war für ihn Neuland, und er sprach kein Spanisch.

Luis Echeverría (geb. 1922): 1970 wählten ihn die Mexikaner für sechs Jahre an die Spitze des Staates. Zuvor hatte das PRI-Mitglied das Amt des Innenministers bekleidet und 1968 die blutige Niederschlagung von Studentenunruhen am Rande der Olympischen Spiele verantwortet. Als Staatspräsident bemühte sich Echeverría um eine größere internationale Rolle Mexikos, besonders im Zusammenhang mit den Forderungen nach einer »Neuen Weltwirtschaftsordnung«.

Klaus Lindenberg (geb. 1940): Er war Willy Brandts Mann für Lateinamerika. Kennengelernt hatten sie sich, als Lindenberg Anfang 1976 im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung die Konferenz von Caracas vorbereitete, das erste große Treffen der reformistischen Linken Europas und Lateinamerikas. Brandt war von der Sachkenntnis und Organisationsgabe so angetan, dass er die FES bat, Lindenberg möge künftig den SI-Präsidenten in Fragen Lateinamerikas beraten dürfen. Der Diplom-Politologe kannte den Subkontinent seit Mitte der 1960er und verfügte über sehr gute Kontakte zu einer Vielzahl wichtiger Politiker. 1983 wechselte Lindenberg gänzlich in Brandts Stab, ab 1989 leitete er dessen Büro. Er begleitete Brandt auf allen Lateinamerika-Reisen und zu vielen Treffen der SI. Stets verfasste Lindenberg umfangreiche Berichte.

Michael Manley (1924–1997): Nach seinem Studium in London arbeitete der Sohn einer einflussreichen jamaikanischen Familie als Journalist und als Gewerkschafter. 1969 folgte er seinem Vater als Vorsitzender der People's National Party, die bereits seit 1952 der SI angehörte. Von 1972 bis 1980 und wieder von 1989 bis 1992 regierte Michael Manley Jamaika. Im Inneren verfocht Manley anfänglich einen entschieden reformerischen Kurs. Außenpolitisch lehnte sich das Land in der ersten Amtszeit eng an Kuba an. 1977/78 hatte Jamaika den Vorsitz der Gruppe der 77 inne, eines Zusammenschlusses von Ländern der »Dritten Welt«. Von der SI erhoffte sich Manley eine abgestimmte Politik der ihr nahestehenden Regierungen der Industrieländer zugunsten der Mitglieder, die in der »Dritten Welt« regierten. Trotz vieler divergierender Ansichten wurde er von Helmut Schmidt als kompetenter Gesprächspartner geschätzt. Die schwere Wirtschaftskrise am Ende der 1970er-Jahre führte zur Abwahl seiner Regierung. In den

ersten Oppositionsjahren behielt er den scharf linken Kurs bei. So weigerte er sich 1981, das Kriegsrecht in Polen zu verurteilen. Als Lehre aus den Siebzigerjahren agierte Manleys zweite Regierung deutlich gemäßigter. Wie Willy Brandt war Manley »no good with less than 20,000 people«.<sup>1</sup>

Luis Alberto Monge (1925–2016): Der PLN-Politiker war 1968 Gründungsmitglied der Heimvolkshochschule CEDAL in der Nähe der Hauptstadt San José. Sie wurde zum wichtigsten Schulungszentrum der demokratischen Linken in Lateinamerika. Zwischen 1982 und 1986 war er Präsident von Costa Rica. In dieser Zeit verschlechterten sich die Beziehungen der Regierungspartei zur SI, während Monge zugleich die Außenpolitik des Landes immer stärker an der Linie der USA ausrichtete.

Daniel Oduber (1921–1991): Präsident von Costa Rica war das PLN-Mitglied von 1974 bis 1978. Zwischen 1976 und 1992 gehörte er zu den SI-Vizepräsidenten und war in seiner Partei derjenige, der sich am stärksten für eine Mitarbeit in der Internationale aussprach, während andere auf Distanz gingen.

Héctor Oquelí (1945–1990): In London studierte das Mitglied des MNR El Salvadors Jura und Sozialwissenschaften. Von 1977 bis 1979 arbeitete er im dortigen SI-Sekretariat. Im letzten Quartal von 1979 gehörte er als Staatsminister im Außenministerium der kurzlebigen Reformregierung seines Landes an. In seiner Partei, dem MNR, kümmerte er sich um die internationalen Beziehungen. Oquelí galt als programmatischer Kopf der Partei. 1990 wurde er in Guatemala ermordet, vermutlich von Todesschwadronen aus El Salvador.

José Francisco Peña Gómez (1937–1998): Trotz einer Herkunft aus einfachsten Verhältnissen war der Generalsekretär des PRD der Dominikanischen Republik, der sozialdemokratischen Partei des Landes, umfassend gebildet und vielsprachig (bis hin zu Deutsch und Russisch). Als ihm seine Heimat zu klein für seine Ambitionen und Fähigkeiten geworden war, ergriff er die Chance, die ihm das neue Lateinamerika-Komitee der SI eröffnete: Er wurde dessen Generalsekretär und Motor. In der Internationale war er dafür gefürchtet, Interna aus Sitzungen in Radiointerviews oder auf Massenkundgebungen zu verbreiten.

Carlos Andrés Pérez (1922–2010): CAP, wie er in vielen Fällen der Kürze halber genannt wurde, war ab Anfang der 1970er-Jahre für zwei Dekaden Venezuelas einflussreichster Politiker und einer der wichtigsten Lateinamerikas. 1974–1979 und 1989–1993 regierte er sein Land. Während der ersten Amtszeit explodierten die Einnahmen aus dem Verkauf von Erdöl. Mit dem vielen Geld wollte Pérez Venezuela zu einem sozialdemokratischen Musterstaat («Das Große Venezuela») ausbauen. Auf lateinamerikanischer Seite war er die treibende Kraft des interkontinentalen Dialogs. Das Bündnis seiner gemäßigt linken »Acción Democrática« mit Europas Sozialdemokraten gehörte zu Pérez' Versuch, Venezuela zu einem Global Player zu machen. Die Kontakte seiner Partei zur SI liefen meist über ihn.

Pierre Schori (geb. 1938): Der langjährige Mitarbeiter des Internationalen Sekretariats der schwedischen Sozialdemokraten (von 1976 bis 1982 leitete er es) und Lateinamerika-Kenner wurde 1982 Generalsekretär des schwedischen Außenministeriums. Dieses Amt behielt er bis 1991. In der SI stand er für eine enge Zusammenarbeit mit antiimperialistischen Befreiungsbewegungen.

Guillermo Ungo (1931–1991): 1969 wurde Guillermo Ungo Generalsekretär von El Salvadors sozialdemokratischer Partei, dem »Movimiento Nacional Revolucionario«. 1972 musste er aufgrund politischer Verfolgung kurzzeitig ins Exil. Im Oktober 1979 trat Ungo in eine reformorientierte Regierung ein, die aber bereits im Januar 1980 dem Druck der konservativen Kräfte nicht mehr standhalten konnte. Erneut musste er sein Land verlassen und lebte bis 1987 in Costa Rica und Mexiko. Ungo, von Beruf Rechtsanwalt, war eine eher blasse Persönlichkeit, wenig durchsetzungsstark. Seine politische Linie blieb für Beobachter verschwommen. Als Präsidentschaftskandidat bei den Wahlen im Jahr 1989 erlitt er eine schwere Niederlage. 1991 starb Ungo mit nur 59 Jahren.

Hans-Jürgen Wischnewski (1921–2005): In die internationale Arbeit der Sozialdemokratie stieg Hans-Jürgen Wischnewski bereits Ende der 1950er ein, als er die Solidarität mit der algerischen Befreiungsfront FLN organisierte. In den folgenden Jahren war er der Kontaktmann der SPD zu Befreiungsbewegungen, z. B. in Angola und Mosambik. 1973 rettete er nach dem Putsch gegen Präsident Allende politische Häftlinge aus chilenischen Lagern. Vier Jahre später war er der Unterhändler der Bundesregierung bei der Befreiung der entführten Lufthansa-Maschine »Landshut«. In der SPD-internen Auseinandersetzung um die Nachrüstung stand er fest an der Seite Helmut Schmidts, genoss aber in der internationalen Arbeit der Partei das Vertrauen von Willy Brandt. Mitte der Achtzigerjahre übernahm er auf dessen Bitten immer häufiger Aufgaben in Zentralamerika, obwohl er nicht Spanisch sprach. Seine Tätigkeit dort war manchmal die eines Beraters der linken Kräfte bei Verhandlungen mit der Gegenseite und andere Male die eines Vermittlers zwischen beiden Seiten. Parallel dazu war er weiterhin die führende Kraft im Nahost-Komitee der SI.

# Einleitung

Am 26. November 1976 trug Willy Brandt dem Kongress der Sozialistischen Internationale sein Programm vor. Der neue Präsident kündigte in Genf drei Offensiven an: »für den gesicherten Frieden«, »für neue Beziehungen zwischen Nord und Süd«, »für die Menschenrechte«. Das war ein anspruchsvolles Vorhaben. Brandt selbst warnte, die SI möge sich nicht »Unmögliches vornehmen.«<sup>2</sup> Was folgte, war der Aufstieg der Internationale zu vorher und nachher nicht gesehener weltweiter Bedeutung. Dennoch haben sich bisher herzlich wenige Historikerinnen und Historiker der Sozialistischen Internationale gewidmet. Seit Jahren führt sie ein kümmerliches Dasein; wie sollte man da auf die Idee kommen, dass die SI einmal eine einflussreiche Organisation war?

## Die sozialdemokratische Welt Anfang der Siebzigerjahre

Als Willy Brandt, Bruno Kreisky und Olof Palme 1972 erstmals darüber sprachen, den Eurozentrismus der SI zu überwinden, stand die klassische europäische Sozialdemokratie – SPD, SPÖ und die skandinavischen Parteien – auf dem Höhepunkt ihres Einflusses. Nach 1945 hatte sie – wie auch ihre Genossen von der britischen Labour Party und aus den Benelux-Ländern – dazu beigetragen, einen Wohlfahrtsstaat aufzubauen. Seit der Mitte der Sechzigerjahre wirkte sie mit an der Liberalisierung ihrer Gesellschaften. Und durch die

Ostpolitik gewann sie ein eigenes außenpolitisches Profil. Kurzum: Die Sozialdemokratie konnte eine Erfolgsbilanz vorweisen und war daher auch außerhalb ihres Kernraums Europa attraktiv. Die Attraktivität stieg noch, als die sozialistischen Parteien Portugals, Griechenlands und Spaniens ab 1974 eine wichtige Rolle beim Übergang ihrer Länder von der Diktatur zur Demokratie spielten. Deshalb trat die Sozialistische Internationale mit dem Anspruch auf, wenn nicht ein Modell für die »Dritte Welt« zu besitzen, doch über wichtige positive Erfahrungen zu verfügen, die weiterzugeben und auf die Tauglichkeit in anderen Kontexten zu prüfen sich lohne. Doch gerade dort, im »globalen Süden«, verfügte die Sozialdemokratie kaum über Partner. Die Sozialistische Internationale, 1951 gegründet und Erbin der »Internationalen Arbeiter-Assoziation« von 1864, der sogenannten Zweiten Internationale von 1889<sup>3</sup> und der »Sozialistischen Arbeiter-Internationale« von 1923, war eine weitgehend europäische Institution. Das sollte sich ändern.

Die Verbindung von wirtschaftlichem Erfolg und Ausbau sozialer Sicherung für breite Schichten der Bevölkerung war, neben der Entspannungspolitik, zum Markenzeichen der Sozialdemokratie geworden. Reformkräfte von anderen Kontinenten zeigten Interesse, davon zu lernen. Weder in Lateinamerika<sup>4</sup> noch in Afrika oder Asien hatte es bis dahin Vergleichbares gegeben. Der Nachkriegsboom, der Westeuropas Gesellschaften tiefgreifend verändert und den Wohlfahrtsstaat erst möglich gemacht hatte, war an der »Dritten Welt« vorbeigegangen. Der Abstand zu Europa war enorm gewachsen. Der eh schon geringere Reichtum war auch noch viel ungleicher verteilt. Während in Westeuropa nun breite Schichten des Volkes in nie gesehenem Wohlstand lebten, war Armut in Lateinamerika, Afrika und Asien weiterhin die Regel und der Unterschied zum Lebensstandard der Oberschicht krass.<sup>5</sup>

## Neue Herausforderungen

In der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre gerieten in Europa beide Pfeiler des sozialdemokratischen Erfolgs, der Wohlfahrtsstaat und die Entspannung zwischen den Blöcken, in die Krise. Auf den Boom folgte die »Stagflation« (Stagnation und Inflation). Keynes' Ideen – das wirtschaftspolitische Rezept der Sozialdemokratie seit Ende des Zweiten Weltkriegs<sup>6</sup> – wirkten nicht mehr und wurden von Milton Friedmans Monetarismus abgelöst, für den sich mit den Jahren im politischen Bereich der Begriff des »Neoliberalismus« einbürgerte. In die Krise geriet auch die Entspannungspolitik. Sie musste ab 1979 dem zweiten Kalten Krieg weichen. Beide Seiten rüsteten massiv auf. Die »Zeitenwende« erreichte auch die Wahlurnen. Schritt für Schritt verloren Sozialdemokraten Regierungsmacht: Schweden 1976, Niederlande 1977, Großbritannien 1979, Norwegen 1981, Bundesrepublik 1982.

Außerhalb von Europa litt die Attraktivität des sozialdemokratischen Modells trotz dieser Krisensymptome vorerst nicht. Dies gilt besonders für Lateinamerika. In den ersten Jahren nach 1973/74 erkannten nur wenige die Tragweite des Umbruchs. Viele Politiker gingen von einer vorübergehenden Wachstumsschwäche aus, die mittels jener politischen und ökonomischen Rezepte überwunden werden könnte, die sich nach 1945 bewährt hatten. Grundsätzlich wurde das Modell nicht in Frage gestellt.

Die zunehmende Prominenz des Themas »Menschenrechte« in der internationalen Politik hatte einen ambivalenten Effekt. Einerseits stärkte sie demokratische Bewegungen, andererseits belastete sie die Beziehungen des Westens zum Ostblock, der sich auf die Anklagebank gesetzt fühlte. Das Ansehen der Vereinigten Staaten in der »Dritten Welt« verbesserte die neue wertegebundene Außenpolitik von Jimmy Carter kaum. Zu



offenkundig war ihre halbherzige Umsetzung. Das zeigte sich besonders drastisch beim Sturz des Schahs von Persien 1978/79.

In der darauffolgenden Dekade verschärfte sich die Diskrepanz zwischen dem globalen Norden und Süden durch Lateinamerikas Schuldenkrise (»das verlorene Jahrzehnt«). 1989/91 endete mit dem Sturz der kommunistischen Herrschaft in Osteuropa und der Sowjetunion die bipolare internationale Ordnung der Nachkriegszeit.

Die Sozialistische Internationale musste sich also in drei sehr unterschiedlichen Phasen bewähren. Mitte der Siebzigerjahre trat sie an, den Ordnungssystemen des amerikanischen Kapitalismus und des sowjetischen Kommunismus die Hegemonie streitig zu machen. Ab etwa 1979 ging es nur noch um die Sicherung des Erreichten, wobei das den Akteuren – wie es meist der Fall ist – erst mit einiger Verzögerung klar wurde. So erwiesen sich die Umwälzungen des Jahres 1979 in Nicaragua und (kurzzeitig) in El Salvador nicht, wie zuerst gedacht, als Vorboten kommender, noch größerer Erfolge der Kräfte des Fortschritts, sondern als Nachbeben der alten Zustände des Kalten Kriegs. In Frankreich und Spanien überwog die Euphorie der Wahlsiege 1981/82, aber auch dort kamen bald die Ernüchterung und der Schwenk von der expansiven Sozial- und Wirtschaftspolitik zu einer gemäßigten Austerität, wie bereits zuvor in Portugal.<sup>7</sup> Nach 1989/91 schien der Kapitalismus endgültig gesiegt zu haben, und manche hielten die Suche nach Alternativen für erledigt.

## **Warum nicht Afrika und Asien?**

Warum beschränkt sich dieses Buch auf Lateinamerika und die Karibik? Anders formuliert: Warum erzielte die SI nach 1976 gerade dort so viel Resonanz, warum nicht in Afrika oder Asien? Als europäische Sozialdemokraten Anfang der Siebzigerjahre erste Überlegungen anstellten, auf die wachsende Bedeutung des Nord-Süd-Konflikts mit einer Ausdehnung und Intensivierung der Kontakte zum globalen »Süden« zu reagieren, dachten sie an alle in Frage kommenden Regionen: Afrika, Asien und Lateinamerika.

Um zu erklären, warum es anders kam, wird häufig angeführt, dass es in Lateinamerika, im Gegensatz zu den meisten Ländern Afrikas und Asiens, christdemokratische, liberale, konservative und sozialistische Parteien gab.<sup>8</sup> Aber das traf schon seit beinahe 100 Jahren zu. Eine erste Veränderung ergab sich in den 1960er-Jahren. Die europäischen Sozialdemokratien verabschiedeten sich vom Konzept der Arbeiterpartei und wandelten sich zu klassenübergreifenden Volksparteien. Damit näherten sie sich den lateinamerikanischen Parteien der linken Mitte an. Diese waren nie auf die Arbeiterschaft im engeren Sinne beschränkt gewesen. Neu in den Siebzigerjahren und entscheidend waren aber zwei weitere Faktoren:

- Gleichzeitig zur, jedoch unabhängig von der Entwicklung auf dem »alten Kontinent« gab es eine wachsende Tendenz unter lateinamerikanischen Politikern, Beziehungen zu Westeuropa auf- und auszubauen.<sup>9</sup> Nicht die Parteien aus der Bundesrepublik, Österreich oder Schweden, sondern die aus Mexiko und Venezuela ergriffen die Initiative zur transkontinentalen Zusammenarbeit.<sup>10</sup> Aus Afrika und Asien kamen zwar allgemeine Interessensbekundungen, aber nichts Konkretes, an dem man ansetzen konnte.
- Die neue Führung der Sozialistischen Internationale ab 1976 verzichtete darauf, von potenziellen Partnern in

Übersee ein Programm in der Tradition des Demokratischen Sozialismus und ein Bekenntnis zum »Westen« zu verlangen, wie es seit Gründung der SI 1951 üblich gewesen war. Damit mussten sich die Lateinamerikaner nicht mehr als »Entreebillet« von Castros Kuba distanzieren.

In seiner Bedeutung schwer einzuschätzen, aber sicherlich auch nicht zu unterschätzen, ist das große Interesse, das Lateinamerika in den 1970ern kulturell und politisch – unabhängig von den Überlegungen in der Sozialdemokratie – in Europa erfuhr. Die lateinamerikanische Literatur von Pablo Neruda bis Gabriel Garcia Márquez, auch die Musik des Kontinents waren en vogue. In der Sphäre der Politik zogen heterodoxe Projekte wie die Unidad Popular in Chile und die linken Militärregimes in Bolivien, Ecuador, Panama und Peru die Aufmerksamkeit auf sich. Für Portugals Offiziere, die am 25. April 1974 der Diktatur ein Ende setzten, waren sie eine Inspiration. Linksradikale schauten fasziniert nach Uruguay, wo die Stadtguerillas der Tupamaros auf breite Unterstützung zu treffen schienen, anders als RAF und Rote Brigaden in Europa. Ex negativo bewegten Lateinamerikas Militärdiktaturen Europas Linke. Alles zusammen führte dazu, dass sich viele Augen in Europa auf Lateinamerika richteten.

Aber was geschah mit Blick auf die beiden anderen Kontinente? In Afrika gab es für europäische Sozialdemokraten drei Ansatzpunkte: die Kontakte zu den nordafrikanischen Befreiungsbewegungen, welche Anfang der 1960er-Jahre die Unabhängigkeit von Frankreich erstritten hatten; die wenigen Parteien, die sich zum Demokratischen Sozialismus bekannten, voran der Parti socialiste du Sénégal von Léopold Senghor; die Befreiungsbewegungen des südlichen Afrika, die gegen Kolonialismus und Apartheid kämpften. Frankreichs Sozialisten betrachteten die Länder der Frankophonie als

ihr vorrangiges Betätigungsfeld. Da sie es nicht mit anderen Parteien teilen wollten, brachten sie die Kontakte dorthin nicht in die SI ein. Die SPD konzentrierte sich auf Tunesiens Regierungspartei, deren demokratische Zuverlässigkeit jedoch zweifelhaft war. Dies galt auch für Senegals Sozialisten. Ihre Führungspersönlichkeit, Staatspräsident Léopold Senghor, lancierte 1981 nach mehrjähriger Vorbereitung zusammen mit den Tunesiern und einigen anderen Parteien die »Interafricaine Socialiste«. Die neue Allianz grenzte sich von der (zumindest auf dem Papier) marxistisch-leninistisch beeinflussten dritten Gruppe, den Befreiungsbewegungen des südlichen Afrika, ab. Das war für die Mehrheit der europäischen SI-Mitglieder wiederum ein Problem.<sup>11</sup> Die schwedischen Sozialdemokraten unterstützten die Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika seit Mitte der 1960er-Jahre. Anfänglich standen sie damit alleine.<sup>12</sup> Ab Anfang der Siebzigerjahre zogen die Deutschen, die Niederländer und weitere Parteien nach, auch weil jüngere Politiker nun den Antikommunismus im Vergleich zum Antikolonialismus hintanstellten. Auf deutscher Seite gehörte Hans-Jürgen Wischnewski dazu, der zehn, fünfzehn Jahre zuvor bereits entgegen der Linie seiner Partei Algeriens FLN tatkräftig unterstützt hatte.<sup>13</sup>

Willy Brandt plante, Tagungen mit afrikanischen Politikern zu organisieren, entweder bilateral Afrika-Europa oder zu dritt unter Einschluss von Lateinamerika. Aber nicht nur die Frontstellung Interafricaine vs. Befreiungsbewegungen, für die es Vergleichbares in Lateinamerika in den 1970ern nicht gab (im folgenden Jahrzehnt durchaus), blockierte die Realisierung. Es fand sich Mitte der Siebzigerjahre in Afrika einfach kein tatkräftiger Politiker, der wie 1975 Carlos Andrés Pérez aus Venezuela losgelegt hätte. Sambias Präsident Kenneth Kaunda erklärte seine Bereitschaft, eine Konferenz zu

organisieren, erfüllte das Versprechen aber nicht.<sup>14</sup> Zwar war die SI in den Achtzigerjahren im südlichen Afrika aktiv, wobei sich Schwedens Sozialdemokraten sowie die Sozialisten aus Frankreich und Portugal besonders hervortaten, aber so eng wie in Lateinamerika wurde die Kooperation nie. 1989 nahm der SI-Kongress die Regierungsparteien von Ägypten und Tunesien als neue Vollmitglieder auf. Man hoffte, dadurch eine stärkere Rolle im Nahen Osten spielen zu können. Als 2011 im »Arabischen Frühling« beide zur Zielscheibe von Massenprotesten wurden, geriet die Internationale in eine der schwersten Krisen ihrer Geschichte.<sup>15</sup>

Was Asien betrifft, hoffte die 1976 neu gewählte Führung der SI auf eine Wiederbelebung der Kontakte zu den beiden Mitgliedern in Japan (die weit links stehenden Sozialisten und die von ihnen abgespaltenen Sozialdemokraten) und auf eine Annäherung an Indiens mächtige Kongresspartei, die nicht der Internationale angehörte. Eine Parteiführerkonferenz in Tokio 1977 (wo die SI noch nie getagt hatte) zeitigte jedoch keine nachhaltige Wirkung.<sup>16</sup> Besonders schwierig gestalteten sich die Beziehungen zu Indien. Im Sommer 1975 hatte die Regierung von Indira Gandhi den Ausnahmezustand verhängt. Im Anschluss kam es zu Menschenrechtsverletzungen. Dennoch wünschte sich Brandt engere Kontakte zur Kongresspartei. Gegen seinen Willen nahm die SI im November 1976 die Sozialistische Partei als Mitglied auf. Sie stand in scharfer Opposition zu Gandhis Partei.<sup>17</sup> 1984 zeichnete sich nach einem Besuch von Brandt in Neu-Delhi ab, dass sich die SI und die Kongresspartei aufeinander zu bewegten.<sup>18</sup> Die Ermordung von Indira Gandhi im Oktober des Jahres setzte dem ein Ende. Ihre Nachfolger hatten andere Pläne.

## Was war die Sozialistische Internationale?

Dieses Buch handelt von der Sozialistischen Internationale, von ihrem Wirken in und gegenüber Lateinamerika. Aber auf den folgenden Seiten erscheinen häufig die SPD, die Friedrich-Ebert-Stiftung, die Sozialistische Partei Portugals, die Italiens oder Spaniens, ein anderes Mitglied der Internationale oder auch die venezolanische »Acción Democrática« als Akteur, nicht die SI. Es ist die Rede davon, was Willy Brandt, Felipe González, Daniel Oduber, Olof Palme, Carlos Andrés Pérez oder Mário Soares etc. meinten oder taten. Das Sekretariat der SI in London, also die »Zentrale« der Organisation, oder die jeweiligen Generalsekretäre hingegen tauchen viel seltener auf. Wann also kann davon die Rede sein, dass die SI agierte?

Der Zusammenschluss der Parteien des Demokratischen Sozialismus war eine lose Arbeitsgemeinschaft souveräner Parteien, denen es freistand, sich an die Beschlüsse des Dachverbandes zu halten – oder auch nicht. Mehrheitsentscheidungen waren in den Gremien der SI selten; man versuchte, sie zu vermeiden, durch Ausklammern kontroverser Aspekte, durch Formelkompromisse oder durch Vertagen. Eine Enthaltung bei einer Abstimmung war schon eine ungewöhnliche, einen starken Dissens dokumentierende Ausnahme.

Die SI verfügte über ein »Büro«, ein »Präsidium«, einen »Rat« und ein »Sekretariat«. Worin unterschieden sie sich? Das »Büro« war, anders als der Begriff nahelegt, nicht die Geschäftsstelle, sondern ein zweimal im Jahr tagendes Gremium, zu dem alle Mitglieder eingeladen wurden. 1986 benannte der SI-Kongress das »Büro« in »Rat« um. Dem »Präsidium« gehörten der SI-Präsident, die Vizepräsidenten und der Generalsekretär an; es trat nur selten zusammen. Daneben gab es noch Treffen der Parteivorsitzenden, »Parteiführerkonferenzen« genannt.